

Klimawandel in Kolumbien

Herausforderungen, Widersprüche und Defizite: eine erste Auslegeordnung

Von Corinne Moser, Thomas Bucheli und Stephan Suhner

Kolumbien ist aktuell sehr direkt vom Klimawandel betroffen, durch ein ausgeprägtes und lange anhaltendes El Niño-Phänomen. In einem der an Biodiversität reichsten Länder haben aber auch die längerfristigen Klima- und Ökosystemveränderungen gravierende Auswirkungen. Kolumbien nahm an der vergangenen Klimakonferenz in Kopenhagen eine aktive, wenn auch umstrittene Rolle ein. Ein populistischer Diskurs des Präsidenten, schwere Umweltsünden und eine an sich gute Umweltgesetzgebung prägen das komplexe Bild. Dieser Monatsbericht stellt eine erste Annäherung an das Thema dar, das wir in den kommenden Monaten vertiefen wollen. Weitere Informationen dazu werden wir auch auf der Webseite aufschalten.

Kolumbiens Präsident Alvaro Uribe forderte die Staatengemeinschaft am Klimagipfel in Kopenhagen auf, ein Abkommen mit Biss zu verabschieden, mit klaren Instrumenten, Verpflichtungen und Überprüfungsmechanismen. Dazu kam es nicht, und auch Kolumbiens Umwelt- und Klimapolitik steckt voller Widersprüche. Wie nötig rasches und konsequentes Handeln jedoch wäre, spürt Kolumbien durch ein heftiges Wetterphänomen in diesen Tagen sehr deutlich. Wegen dem El Niño-Effekt leiden weite Gebiete Kolumbiens unter einer Hitzewelle, in verschiedenen Regionen Kolumbiens herrscht akuter Wassermangel. Täglich verenden Dutzende Nutztiere wegen Hitze sowie Wasser- und Futtermangel und 40'000 Hektaren Mais, Reis, Hirse und Weiden gingen verloren. Waldbrände verwüsteten in den ersten 2 Monaten des Jahres 36'000 Ha Wald. Das Dengue-Fieber breitet sich rasend auch in Städten aus, wo der übertragende Moskito bisher nicht vorkam.¹

Neuste Schätzungen lassen aus diesem aktuellen Anlass die Alarmglocken läuten: in gewissen Gebieten Kolumbiens dürfte die Temperatur in den nächsten zehn Jahren um 2 bis 4 Grad steigen. Städte wie Cartagena würden dadurch fast unbewohnbar, Bogotá hätte ein Klima beinahe wie heute die Tierra caliente, das tropische Tiefland. Die genauen Folgen der Klimaveränderung lassen sich nur schwer abschätzen². Experten gehen aber davon aus, dass rund 50% des kolumbianischen Territoriums gegenüber dem Klimawandel eine hohe Verletzlichkeit aufweist. So ist Kolumbien sehr reich an Süßwasser, mit vielen grossen Flüssen. Gerade die Wasserversorgung dürfte durch ein verändertes Niederschlagsregime stark betroffen sein, mit längeren Dürreperioden aber auch

¹ Bogotá será tierra caliente y Cartagena quedará casi invivible - Caracol Radio. 26. Februar 2010.
<http://www.cambioclimatico.gov.co/noticias6.html#julio>

² Alle Berichte und Studien über den Klimawandel finden sich auf folgender offizieller Homepage der kolumbianischen Regierung: <http://www.cambioclimatico.gov.co/comunicaciones.html>

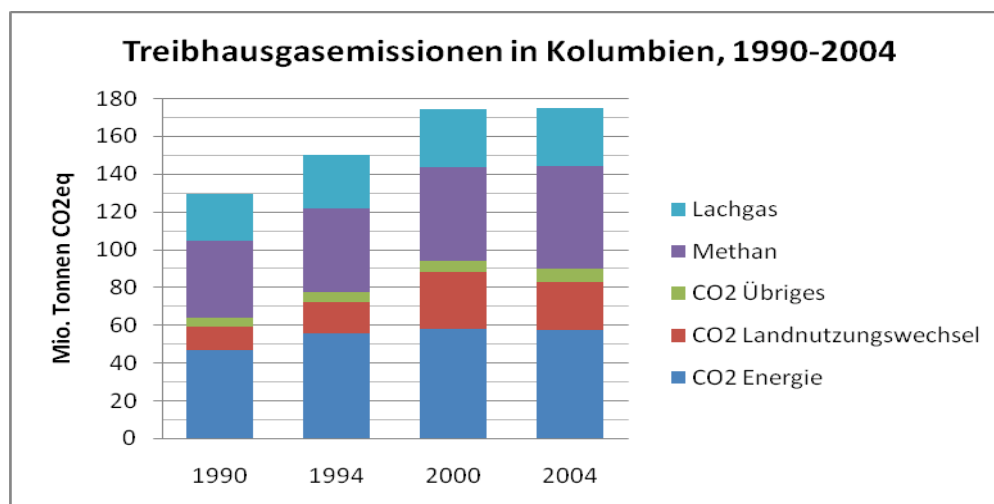
Starkniederschlägen. 8% des Territoriums dürfte von Wüstenbildung betroffen sein. 95% der Gletscher und 75% der Páramo – Hochmoore würden verschwinden, was die Wasserversorgung von Städten wie Pereira, Cali und Bogotá beeinträchtigen würde. Seit 1850 haben die meisten „Nevados“ 70-80% des Eises verloren. Besonders betroffen wäre das „Macizo Colombiano“, welches sich über die Departemente Cauca, Huila und Nariño erstreckt. Dort entspringen Flüsse (z. B. Magdalena, Cauca, Patía, Caquetá, Putumayo, Saldaña), welche 70% der kolumbianischen Bevölkerung mit Wasser versorgen. Auswirkungen dürfte der Klimawandel auch auf die andinen Nebelwälder haben, wobei sich die Vegetationsstufen z.T. einfach in die Höhe verschieben.

Recht unsicher sind die Auswirkungen auf die Regenwälder im Amazonas und an der Pazifikküste. Für die Pazifikküste geht man eher von mehr Niederschlag aus. Betroffen sind aber auch die Inseln und Küstengebiete, man rechnet mit einem Anstieg des Meeresspiegels um 40cm bis 2060. Besonders hart würde es das Touristenparadies San Andrés treffen: rund die Hälfte der Bewohner und der Infrastruktur wären betroffen. Aber auch Städte und Siedlungen an der Karibikküste wären betroffen, so beispielsweise Cartagena, oder auch Infrastrukturen wie Hafenanlagen. Die steigenden Wassertemperaturen beeinträchtigen aber auch die Artenvielfalt der Meere und den Fischreichtum, was wiederum negative Auswirkungen auf die Ernährungssicherheit breiter Bevölkerungskreise hätte.

Kolumbien in der internationalen Klimapolitik

Treibhausgasemissionen in Kolumbien

Gemäss nationalem Treibhausgasinventar stiess Kolumbien im Jahr 1990, dem Basisjahr des Kyoto-Protokolls, insgesamt 129.4 Mio. Tonnen CO₂eq aus.³ Pro Kopf berechnet ergab dies einen durchschnittlichen Ausstoss von ca. 3.8 Tonnen CO₂eq. Im Vergleich dazu lag der Treibhausgas-Ausstoss der Schweiz bei 52.7 Mio. Tonnen CO₂eq, was einem jährlichen Pro Kopf-Ausstoss von rund 7.6 Tonnen CO₂eq entsprach.



Quelle: Columbia's First National Communication, 2001 / Statistical Yearbook for Latin America and the Caribbean, 2009, UN Economic Commission for Latin America and the Caribbean (ECLAC), 2010

Während der Anteil des CO₂ in der Schweiz bei 84 Prozent lag, betrug dieser Anteil in Kolumbien nur 49 Prozent. Die Treibhausgase Methan (Anteil von 32%) und Lachgas (19%), die vor allem aus der Landwirtschaft stammen, waren also zusammen für die Hälfte

³ Executive Summary of Colombia's First National Communication to the United Nations Framework Convention on Climate Change, 2001.

der kolumbianischen Treibhausgasemissionen in 1990 verantwortlich. Bezogen auf die CO₂-Emissionen kam der grösste Beitrag aus dem Gebrauch fossiler Energieträger (73.8%), gefolgt vom Landnutzungswechsel⁴ (18.7%) und den CO₂-Emissionen aus der Industrie (7.5%).

Seit 1990 hat der Treibhausgasausstoss Kolumbiens kräftig zugenommen. Die absoluten Emissionen im Jahr 2004 lagen 35 Prozent über denjenigen von 1990.⁵ Bei den Pro Kopf-Emissionen resultierte ein Zuwachs von rund 10 Prozent. Während die absoluten Emissionen von CO₂ aus Energie, Methan und Lachgas zwischen 22 und 32 Prozent zugenommen haben, lag die Zuwachsrate bei den CO₂-Emissionen aus dem Landnutzungswechsel bei über 100 Prozent.

In einer Analyse im Jahr 2000 war man davon ausgegangen, dass sich die CO₂-Emissionen zwischen 1990 und 2010 fast verdoppeln dürften. Als hauptverantwortlich für diese starke Zunahme wurden die Bereiche Verkehr und insbesondere Stromproduktion identifiziert, währenddem im Bereich Landnutzungswechsel ein Rückgang der Abholzung angenommen wurde. Auch bei den Methan-Emissionen ging die Schätzung ungefähr von einer Verdoppelung der Emissionen zwischen 1990 und 2010 aus.⁶

Die grossen Unterschiede zwischen den Schätzungen verschiedener Quellen deuten es an - die Messung/Abschätzung von Emissionen ist sehr komplex. Dementsprechend sind die dargestellten Daten mit Vorsicht zu geniessen.

Klimapolitik in Kolumbien

Kolumbien hat die Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen wie auch das Kyoto-Protokoll ratifiziert. Letzteres ist seit dem 16. Februar 2005 in Kraft.

UNO Klimarahmenkonvention und Kyoto-Protokoll

Die **UNO Klimarahmenkonvention (UNFCCC)** wurde anlässlich der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro vereinbart. Sie trat am 21. März 1994 in Kraft. Die Klimarahmenkonvention verankert völkerrechtlich verbindlich das Ziel, einen gefährlichen und menschlich verursachten Eingriff in das Klimasystem der Erde zu verhindern. Die Konvention sieht zur Zielerfüllung den Erlass von ergänzenden Protokollen und anderen rechtlich verbindlichen Abkommen vor. Diese sollen konkretere Verpflichtungen zum Klimaschutz beinhalten und nach dem Prinzip der „gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten“ aller Vertragsstaaten ausgestaltet sein. Dies heisst, dass die Industrieländer bei der Bekämpfung der Klimaänderung und ihrer nachteiligen Auswirkungen die Führung übernehmen sollen.

Kolumbien gehört zu den sogenannten Non Annex 1 Ländern des Kyoto-Protokolls, für die aufgrund der geringen Pro-Kopf-Emissionen keine Beschränkung der Treibhausgase vorgesehen wurde. Als unterzeichnender Staat der Klimarahmenkonvention hat Kolumbien im Jahr 2001 seine erste Klimaberichterstattung gegenüber der UNO wahrgenommen. Darin enthalten ist ein Inventar zu den Treibhausgasemissionen für die Jahre 1990 und 1994. Die zweite Klimaberichterstattung ist in Bearbeitung und soll eine genaue Übersicht über die Treibhausgasemissionen in den Jahren 2000 und 2004 geben.

Kolumbien hat im Bereich der Reduktion von Treibhausgasemissionen noch keine umfassenden Massnahmen eingeleitet. Dazu ist es als Schwellenland durch das Kyoto-Protokoll aber auch nicht verpflichtet. Kolumbien bemüht sich aber insbesondere im Rahmen der flexiblen Mechanismen des Kyoto-Protokolls (siehe Kasten) um die Realisierung von Reduktionsprojekten in Kolumbien.

⁴ inkl. Abholzung

⁵ Die Zahlen zu den Jahren 2000 und 2004 sind aus dem Statistical Yearbook der ECLAC entnommen. Es handelt sich nicht um offiziell bereits an die UNO berichtete Zahlen.

⁶ GHG Emissions in Colombia 1998-2010, F. González and H. Rodríguez, Proceedings of the Second IPCC Expert Meeting on DESA (Development, Sustainability and Equity), 2000.

Flexible Mechanismen des Kyoto-Protokolls

Das Kyoto-Protokoll sieht „flexible Mechanismen“ vor, mit deren Hilfe die Unterzeichnerstaaten ihre Ziele erreichen können. Herzstück ist ein weltweiter Emissionshandel zwischen Staaten. Aus Sicht der Schwellen- und Entwicklungsländer ist insbesondere der **Clean Development Mechanism (CDM)** von Relevanz. Der CDM ermöglicht es einem Industrieland (Annex 1), projektbasierte Maßnahmen zur Emissionsreduktion in einem Entwicklungs- oder Schwellenland (Non Annex 1) durchzuführen. Für die dort eingesparten Emissionen werden Emissionszertifikate ausgegeben, die auf das eigene Emissionsbudget angerechnet werden können.

Der CDM wurde eingeführt, um einerseits Industrieländern das Erreichen ihrer Reduktionsziele zu erleichtern und gleichzeitig den Technologietransfer in Entwicklungs- und Schwellenländer zu fördern. Da diese keiner Reduktionsverpflichtung unterliegen, muss bei CDM-Projekten unbedingt sichergestellt werden, dass die Emissionsvermeidung zusätzlich (*additional*) erfolgt, d.h. ohne Ausgabe der Emissionszertifikate nicht erfolgt wäre. CDM-Projekte müssen vom Gastland bewilligt und durch UNO-akkreditierte Prüfstellen verifiziert werden.

Gemäss aktueller Übersicht des zuständigen Ministerio de Ambiente, Vivienda y Desarrollo Territorial (MAVDT) gibt es in Kolumbien zurzeit 129 CDM-Projekte. Von den kolumbianischen Behörden wurden bisher 40 dieser 129 Projekte bewilligt und 15 Projekte sind bereits durch die UNO registriert. Dazu gehört etwa das Bussystem Transmilenio in Bogotá, für welches bereits Emissionszertifikate ausgegeben worden sind. Gemäss Aussage des MAVDT steht Kolumbien unter den lateinamerikanischen Ländern an vierter Stelle, was die Anzahl der von der UNO registrierten CDM-Projekte anbelangt und weltweit an elfter Stelle.⁷

Über die Hälfte dieser CDM-Projekte sind in den Sektoren Industrie und Energie angesiedelt, gefolgt von den Bereichen Abfallsektor, Wald und Verkehr. So gibt es Projekte in der Zementindustrie, die Abschöpfung von Methan aus Abfalldeponien und Klärbecken (so auch bei der Palmölherstellung) und Wiederaufforstungsprojekte. Die jährliche Emissionsreduktion aus den 129 CDM-Projekten wird auf rund 15 Mio. Tonnen CO₂eq geschätzt. Damit können Emissionszertifikate in der Höhe von jährlich rund 140 Mio. US Dollar generiert werden. Bereits im Jahr 2000 wurde eine Studie zur Strategie für die Implementierung von CDM-Projekten in Auftrag gegeben.⁸ Die Studie errechnete ein jährliches Reduktionspotential von ca. 23 Mio. Tonnen CO₂eq, welches über CDM-Projekte realisiert werden könnte. Abhängig vom Zertifikatspreis könnten damit Einnahmen im Umfang von bis zu jährlich 435 Millionen US Dollar generiert werden. Dies wären ähnlich hohe Deviseneinnahmen wie diejenigen aus dem Export von Bananen oder Blumen.

Nicht nur in Kolumbien, sondern weltweit sind CDM-Projekte im Bereich der Landwirtschaft und der Forstwirtschaft noch untervertreten. Seit einigen Jahren gibt es jedoch Bestrebungen auf verschiedenen Ebenen, das Spektrum zu öffnen. Zwei Bereiche interessieren besonders: die CO₂-Speicherkapazität des Bodens z.B. durch eine Nutzungsänderung und die Verhinderung von Emissionen aus Abholzung und Schädigung von Wäldern. Die Kritik an CDMs – insbesondere in der Land- und Forstwirtschaft - ist vielfältig. Einerseits gibt es Fundamentalkritik gegen Marktmechanismen und dagegen, dass gewisse Projekte v.a. umstrittenen Sektoren (Plantagen, Agroindustrie) weitere Gewinne beschern oder es ermöglichen, auf billige Art und Weise eigene Emissionsreduktionen zu umgehen (Schwerindustrie und Energiesektor). Angezweifelt wird aber auch häufig der Nutzen der CDM für das Klima. Vielfach ist fraglich, ob die Additionalität der Projekte wirklich gegeben ist, d.h. die Emissionsreduktionen ohne CDM-Gelder nicht stattgefunden hätten. Zudem ist der Klimanutzen, d.h. die effektive und langfristige CO₂-Bindung bzw. die Emissionsreduktionen, bei vielen Projekten unsicher, da man schlicht zuwenig weiss, z.B. über die Speicherung von CO₂ im Boden. So soll

⁷ <http://www.minambiente.gov.co/contenido/contenido.aspx?catID=829&conID=3046>

⁸ Estudio de Estrategia nacional para la implementacion del MDL en Colombia, 2000.

pflugloses Säen gefördert werden, was aber insbesondere mit der Verwendung von Round-up Soja und hohem Pestizideinsatz verbunden ist, während unsicher ist, ob der Boden so überhaupt zusätzliches CO₂ speichert.

REDD (Reducing Emissions from Deforestation and Degradation, auf Deutsch: Reduktion von Emissionen aus Entwaldung und Schädigung von Wäldern)
Wälder sind riesige Kohlenstoffspeicher. Durch ihre Abholzung werden grosse Mengen an CO₂-Emissionen freigesetzt. Bereits in der Vergangenheit wurden im Rahmen des CDM Projekte verwirklicht, die eine Wiederaufforstung von Wäldern zum Ziel haben. REDD ist nun ein Modell, das noch einen Schritt weiter geht: durch REDD soll auch die Verhinderung von Abholzung belohnt werden. Dabei stellt sich noch stärker als bei Wiederaufforstungsprojekten die Frage der Überprüfbarkeit sowie der Beständigkeit solcher Projekte.

Besonders umstritten ist der neuste Mechanismus der Klimakonvention, REDD. Kopenhagen hat nicht den endgültigen Durchbruch für dieses Instrument gebracht, aber doch eine weitere Konkretisierung ermöglicht. Kolumbien spielte dabei eine wichtige Rolle. In Bezug auf die Umsetzung von REDD sprach sich Kolumbien gegen eine Umsetzung auf nationaler Ebene und für eine projektbasierte Umsetzung auf subnationaler Ebene aus; ähnlich zum CDM-Mechanismus. Damit, so die offizielle Argumentation, könnten die Gemeinschaften direkt von den Projekten profitieren. Diese Haltung wird auch von einigen Vertretern indigener Völker mitgetragen (z.B. von Indigenen aus den Philippinen, die Teil der Regierungsdelegation waren), während z.B. in Kolumbien selbst diesen Vorschlägen generell eher mit Misstrauen begegnet wird. Während verschiedene Länder Kolumbien in dieser Haltung unterstützten, sprachen sich andere klar gegen eine solche projektbasierte Lösung aus. Greenpeace beispielsweise zweifelt daran, ob ein projektbasiertes REDD Abholzungen wirklich verhindern kann und nicht einfach dazu führt, dass die Abholzungen an einem anderen Ort stattfinden. Greenpeace spricht sich deshalb für eine Umsetzung auf nationaler Ebene aus, bei welcher der Staat die Abholzung flächendeckend eindämmen muss. Climate Action Network, eine Koalition von weltweit 450 NGOs, beschuldigte Kolumbien gar, mit seiner Haltung zusammen mit den USA die Verhandlungen zu REDD zu blockieren.⁹

Ein Problem bei REDD ist es, genaue und verlässliche Ausgangsdaten zu haben, d.h. genaue Berechnungen des in Biomasse gespeicherten CO₂, Abholzungsraten etc. Dann ist auch die Frage, wem diese Projekte zu Gute kommen sollen. Verschiedentlich wird die Hoffnung ausgedrückt, dass lokale, indigene WaldbewohnerInnen davon profitieren könnten. Indigene Gemeinschaften schützen den Wald zwar häufig sowieso schon und – so der Einwand – brauchen keine zusätzlichen Anreize dafür. Andererseits haben traditionelle WaldbewohnerInnen ein breiteres Interesse am Wald als nur dessen CO₂ Speicherfähigkeit, er ist für sie ihre Existenzgrundlage. Allenfalls könnten Einnahmen aus CDM und REDD aber durchaus die Möglichkeit eröffnen, in Verbindung z.B. mit angepassten Entwicklungsplänen zusätzliche Einkommen und auch Kapital für Investitionen der Gemeinschaften zu generieren. Generell braucht es dazu aber sichere Landbesitzrechte, was in vielen Ländern nicht der Fall ist, und es muss die soziale Funktion des Waldes als Lebensraum und Einkommensquelle mitberücksichtigt werden. Bisher wissen aber die betroffenen oder „begünstigten“ WaldbewohnerInnen meistens nichts von ihrem Glück, die notwendige *consulta previa* (vorgängige Information und Zustimmung) wird nicht gemacht, ja ist in den einschlägigen Dokumenten kaum erwähnt. Auch wird befürchtet, dass es zu einem einseitigen Schutzgedanken kommen könnte, bei dem dann traditionelle WaldbewohnerInnen ausgesiedelt würden. Immer wieder taucht in Dokumenten auch der traditionelle Wanderfeldbau fälschlicherweise als eine Hauptursache der Abholzung auf. Andere wenden ein, dass ja nicht indigene Gemeinden einen Anreiz brauchen, sondern die kommerzielle Holzindustrie und das Plantagen- und Agrobusiness, die in grossem Stile abholzen. Die Gelder aus REDD könnten sie bewegen, nicht

⁹ http://www.eltiempo.com/verde/eventosverdes/colombia-acusada-por-ong-de-obstaculizar-negociacion-de-proteccion-de-bosques_6800320-1

abzuholzen, so das Argument. Andererseits würden dann „Umweltsünder“ finanziell belohnt, und es ist die Frage, ob bei der zunehmenden Rohstoff- und Landverknappung, verbunden mit steigenden Preisen REDD ein genügend grosser Anreiz sein kann. Klar kann und muss die Landwirtschaft und der Waldschutz einen Beitrag an den Klimaschutz leisten, aber es geht v.a. auch darum, mit Ressourcen generell schonender und sparsamer umzugehen und den (fossilen) Energieverbrauch zu senken.

Kritik an Uribes Rede in Kopenhagen

Uribe hielt in Kopenhagen eine engagierte, aber auch umstrittene Rede. Er lobte die fortschrittliche Umweltpolitik und die von Kolumbien ergriffenen Massnahmen. Kolumbien stosse lediglich 0,37% des weltweiten CO₂ aus und habe eine relativ CO₂-arme Wirtschaftsleistung, weil z.B. 85% der Stromgewinnung durch Wasserkraft erfolge. Im Bereich der Klimapolitik betonte Uribe auch, dass Kolumbien der zweitgrösste Ethanolproduzent Lateinamerikas sei, ohne dafür abzuholzen und mit der Garantie, dass die Ernährungssicherheit gewahrt und dass CO₂ im Boden absorbiert und gespeichert würde. Agrotreibstoffe stellen für Präsident Uribe einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz dar. Er betonte aber auch die Massentransportmittel wie Transmilenio in Bogotá, die Metro in Medellín und Bussysteme in Cali und Pereira. Uribe versprach auch, dass Kolumbien CO₂-neutral wachsen werde. Schliesslich betonte Uribe in Kopenhagen auch den guten Waldschutz Kolumbiens, da ein Grossteil der Wälder im kollektiven Besitz von Afrokolumbianern und Indigenen sei.

Präsident Uribe bezeichnete den Drogenhandel als Hauptfeind des Waldes und erklärte, dass Kolumbien mit Programmen wie den Waldschützern (Familias Guardabosques) dazu beitrage, zerstörten oder geschädigten Wald wieder aufzuforsten. Uribe hoffte, einerseits Finanzen, andererseits auch Nachahmer in anderen Ländern für sein Programm Guardabosques zu finden. Er sprach aber auch von der geteilten Verantwortung, d.h. dass in Kolumbien Wald zerstört wird, weil in den USA und in Europa der Konsum von Drogen steigt. Deshalb will Uribe finanzielle Kompensationszahlungen der Konsumländer für den Schutz der kolumbianischen Wälder. Jedes Jahr würden 200'000 Hektaren abgeholzt, um Coca anzupflanzen. Pro Hektare Coca würden drei Hektaren Wald zerstört. Gemäss dem UNO Büro für Drogenbekämpfung UNDOC seien in den letzten zwanzig Jahren 2 Mio. Hektaren Wald für Drogen gerodet worden¹⁰. Mit dem Geld will Präsident Uribe andere Wirtschaftsmodelle für Coca - Bauern fördern.

Uribes Verbindung zwischen Drogenhandel und Klima und die Geldforderungen wurden z.T. heftig kritisiert. So forderten Umweltexperten einen selbstkritischen Blick auf die blinde Umsetzung der US-Politik, namentlich der Besprühungen aus der Luft, wodurch die Cocafelder immer schneller und tiefer in den Urwald dringen. Zudem unterstütze die Regierung Uribe kaum Initiativen der lokalen Bevölkerung – v.a. Afrokolumbianer und Indigene – im Süden des Landes, die ihr Territorium von Drogen und unkontrollierter Abholzung frei halten wollen und deshalb alternative Lebenspläne erarbeiten. Uribes Rede sei Augenwischerei, da gerade die kollektiven Ländereien der Afrokolumbianer und Indigenen unter grossem Druck stünden, dass es zu Vertreibungen komme, um auf diesem Land Plantagen zu errichten oder Bergbau zu betreiben. Kritisiert wird auch das Fehlen einer Agrarreform und von Unterstützungsprogrammen für Kleinbauern, weshalb immer mehr vertriebene Kleinbauern in den Wäldern und Paramos Äcker roden und teilweise auch Drogen anbauen. Umweltaktivisten wie Hildebrando Velez von Censat - Friends of the Earth Colombia sagen, dass die Gesetzgebung Kolumbiens relativ gut sei, aber schlecht umgesetzt und kontrolliert werde. Zudem widersprechen die intensive Förderung von Bergbauprojekten (insbesondere von Kohle) und die Nachsicht gegenüber Umweltsünden von Öl- und Bergbaumultis den Beteuerungen Uribes. Soziale Bewegungen

¹⁰ El Tiempo, Colombia pedirá compensación económica por la destrucción de bosques causada por cultivos ilícitos, http://www.eltiempo.com/verde/eventosverdes/colombia-expone-su-posicion-en-la-cumbre-de-cambio-climatico-de-copenhague_6798553-1

kritisieren schon lange Uribes forsche Marktöffnung, seine aggressive Freihandels- und Privatisierungspolitik. Indigene und Afrokolumbianer befürchten, dass unter dem Deckmantel des Klimaschutzes ihre kollektiven Territorien privatisiert und an Multis verschachert werden könnten.

Agrotreibstoffe und Klimaschutz

Kolumbien fördert seit 2001 sehr gezielt die Herstellung und Beimischung von „Biotreibstoffen“, namentlich Ethanol aus Zuckerrohr und Biodiesel als Palmöl. Der Klimaschutz ist dabei v.a. für das internationale Publikum ein wichtiges Argument. Die kolumbianische Vereinigung der Biotreibstoffproduzenten¹¹ geht dabei von CO₂ Einsparungen von 67% bei Biodiesel und 56% bei Ethanol aus Zuckerrohr aus. Dabei gibt es in Kolumbien noch keine umfassenden Studien über die Treibhausgas- und Umweltbilanz der verschiedenen Agrotreibstoffe. Die Notwendigkeit solcher Studien und generell von Lebenszyklusanalysen ist aber erkannt. Die Schweizer EMPA beteiligt sich an solchen Studien, erste Ergebnisse sollten in der zweiten Jahreshälfte vorliegen.

Nebst dem Klimaschutz will Kolumbien mit Biotreibstoffen eine soziale Revolution auf dem Land losstreifen und massiv gute Arbeitsplätze mit vollen Sozialleistungen schaffen. Auch soll die Luft in den Städten verbessert und in international zukunftssträchtige Technologien und Industrien investiert werden. Und nicht zuletzt sollen Agrotreibstoffe die schwindenden Erdölreserven Kolumbiens strecken, den Mangel an fossilen Treibstoffen lindern und die Qualität der Treibstoffe erhöhen. Kolumbien bemüht sich, ein verantwortungsvolles, nachhaltiges Bild der Agrotreibstoffe zu zeichnen und sich von Fehlentwicklungen in anderen Ländern abzugrenzen. So betonen Regierungs- und Verbandsvertreter immer, dass für Agrotreibstoffe in Kolumbien kein Quadratmillimeter Wald gerodet werde und die Ernährungssicherheit dank den Landreserven garantiert sei. Die Abholzungen im Chocó und im Cauca und Nariño strafen diese Behauptungen aber Lüge. So wurden in den kollektiven Territorien in den Flussbecken des Curvaradó im Chocó, in der Region von Tumaco und am Rio Guapi zig Tausende Hektaren Ölpalmen gepflanzt, gegen den erklärten Willen der rechtmässigen Landbesitzer und verbunden mit grossflächigen Abholzungen.

Kolumbien strebt trotzdem die baldigen Zertifizierungen der Agrotreibstoffe an, um damit die internationalen Märkte zu erobern. Kolumbien habe an der Erarbeitung eines Qualitätssiegels gearbeitet, um die dunklen Zweifel gewisser NGOs endgültig zu zerstreuen, so Kolumbiens Umweltminister an einer internationalen Tagung. Agrotreibstoffe sollen in Kolumbien definitiv nichts mit Vertreibung und Gewalt zu tun haben, sondern Quelle von Lebensqualität, Arbeit und Entwicklung für alle Kolumbianer sein. Anfang 2010 solle deshalb das technische Gütesiegel des ICONTEC (Kolumbianisches Institut für technische Normen) bereit stehen¹² und ergänzt werden mit weiteren Studien über die Eignung der Böden und Lebenszyklusanalysen von Agrotreibstoffen aus Palme und Zuckerrohr in verschiedenen Gegenden Kolumbiens.

Bis Ende 2010 sollten die ersten Produzenten Zertifikate erhalten, mit denen eine umweltfreundliche Produktion und die Einsparung von Treibhausgasen garantiert werden. Das Zertifikat soll aber auch die Wirtschaftlichkeit sowie annehmbare soziale Bedingungen garantieren und deshalb den ganzen Zyklus vom Anbau bis zum Endkonsumenten abdecken. Umweltminister Carlos Costa sagte, dass Kolumbien viel Land innerhalb der Agrargrenze habe, das schwach genutzt sei, z.B. Land mit extensiver Viehzucht. Dieses könne durch die Produktion von Agrotreibstoffen in Wert gesetzt werden, womit Agrotreibstoffe weder Wald noch den Anbau von Nahrungsmitteln konkurrenzieren würden. Mit dem Siegel auf ICONTEC-Basis will Kolumbien international anerkannt werden und sich vom Rest der Produzenten positiv abheben. Weit fortgeschritten ist auch die

¹¹ <http://www.fedebiocombustibles.com/quienesomos.htm>

¹² Siehe z.B. Aussagen des Umweltministers Carlos Acosta gegenüber EFE:

<http://www.google.com/hostednews/epa/article/ALeqM5jlgHzqR08seGkccGJDjKFCiWuxg> Der Inhalt der Norm ist noch nicht öffentlich.

Einführung der Prinzipien und Kriterien des Runden Tisches für nachhaltiges Palmöl RSPO. Fedepalma hat 2008 und 2009 viel Gewicht auf die nationale Umsetzung der Prinzipien und Kriterien des RSPO gelegt und für die sogenannte nationale Interpretation verschiedene Workshops in den Regionen gehalten¹³. Im Moment werden die letzten Anpassungen vorgenommen, bald sollten die Kriterien und Prinzipien, wie sie für Kolumbien gelten werden, vom Verwaltungsrat von Fedepalma verabschiedet und dem Executive Board des RSPO zur Annahme unterbreitet werden. Fedepalma hofft, im 2. Semester 2010 erste Audits von Palmölproduzenten machen zu können, um dann das RSPO Siegel zu vergeben.

Kolumbien hat seine Agrotreibstoffproduktion innerhalb von nur 5 Jahren extrem ausgebaut. 2005 startete die Ethanolproduktion, heute stellen fünf Fabriken 1 Mio. Liter pro Tag her. 2009 konnten 80% des Landes mit E10 (Benzin mit 10% Ethanolbeimischung) versorgt werden, 2010 sollen 100% erreicht sein und bis 2012 E20 eingeführt werden. Die letzte Region ohne Ethanolbeimischung war die Atlantikküste, da es dort keine Anlage gab. In Pivijay in Magdalena ist nun eine Anlage im Bau, mit dazugehörigen rund 17'000 ha Zuckerrohr und 3000 Arbeitsplätzen. 2009 wurde auch die legale Basis für den Einsatz und Förderung von Flex-Fuel Autos (mit Motoren, die wahlweise mit Alkohol oder Benzin mit 85% Ethanol betrieben werden können) geschaffen. Ab 2012 sollen 60% der importierten oder in Kolumbien gebauten Autos mit weniger als 2 Liter Hubraum Flex-Fuel sein. Biodiesel wird seit Januar 2008 als B5 (Diesel mit 5% Biodiesel aus Palmöl) an der Atlantikküste und seit Herbst 2008 im Magdalena Medio angeboten. Für 2009 war angestrebt, als erstes Land Lateinamerikas flächendeckend B5 oder gar B7 einzusetzen. Bis Februar 2010 sollten 7 Biodieselfabriken in Betrieb sein und wenn möglich den landesweiten Vertrieb von B10 ermöglichen.

¹³ Weitere Infos dazu unter: http://www.fedepalma.org/rspo_lanzamiento.shtml